Besprechungen und Anzeigen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV**

Band (Jahr): **61 (1942)**

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Besprechungen und Anzeigen.

Schweizer. juristische Kartothek. Fiches juridiques suisses. (Direktion und Administration: rue Piotet 7, Genf.)

Wir erhalten den Prospekt dieses Unternehmens, das auf losen Karten eine geordnete Uebersicht über die eidgenössische und kantonale Praxis des Rechts (Wirtschafts-, Sozial- und Steuerrechts) zu bieten gedenkt. Jede Karte ist von einem mit Namen genannten sachkundigen Juristen verfasst. Vorgesehen sind 800—1000 Karten von je 2, 4 oder 8 Seiten, 3000 Seiten Text, dann noch Leit- und Merkkarten und ein alphabetisches Register. Der Direktionsstab von 25 Juristen steht unter der Leitung von Rechtsanwalt Dr. Albert Wuarin (Genf); er beschäftigt etwa 300 schweizerische Juristen. Das Werk soll (seit August 1941) fortlaufend erscheinen, ab 1943 sollen Ergänzungskarten folgen. Gleichzeitig erscheint eine deutsche und eine französische Ausgabe. Die ersten Lieferungen dieses der Praxis dienenden Werkes sind bereits erschienen. Subskriptionspreis 150 Fr., bei Ratenzahlung 160 Fr.

Dictionnaire juridique, 1. français-allemand; Rechtswörterbuch, 1. Französisch-deutsch, hg. von Piccard, Thilo und Steiner. Zürich 1942 (Schulthess & Co.). 3. Lieferung.

Das Rechtswörterbuch, dessen Erscheinen wir bereits in Bd. 58 S. 364 f. angezeigt haben, nimmt seinen steten Fortgang, was um so erfreulicher ist, als die richtige Deutung der Rechtsausdrücke für ein mehrsprachiges Land, wie die Schweiz, seine besondern Schwierigkeiten bereitet und daher gebührender Sorgfalt bedarf. In der soeben erschienenen 3. Lieferung des Französisch-deutschen Teils werden u. a. wichtige Termini der französischen Rechtssprache gedeutet und mit Beispielen aus der Praxis belegt; wir nennen z. B. die Wörter: dette, domicile, dommage, donation, droit, emprunt, endos, erreur, état, exception, exécution, fait, faute, faux, fonds usw. — Das verdienstliche Werk sei besonders den Gerichten und Behörden empfohlen, die zu einer sorgfältigen Redaktion zweisprachiger Akte oder Uebersetzungen verpflichtet sind. His.

Oftinger, Dr. Karl (Privatdozent, Zürich): **Schweizerisches Haftpflichtrecht.** Zweiter Band. Besonderer Teil 1. Lieferung. Zürich 1941 (Polygraphischer Verlag).

Die Vorzüge dieses Werkes, das auf S. 181—183 von Band 60 dieser Zeitschrift besprochen wurde, sind auch der 1. Lieferung des 2. Bandes eigen, welche die Haftpflicht des Werkeigentümers zum Gegenstand hat. Zwar scheint sich das Bedürfnis nach einer systematischen Bearbeitung beim allgemeinen Teil des Haftpflichtrechtes mehr geltend zu machen als bei den einzelnen Arten der Haftpflicht, da hier, abgesehen von einigen guten Dissertationen, die Kommentatoren schon vieles vorweggenommen haben. Oftinger leistet aber den Gegenbeweis durch seine Einordnung der Werkhaftung in die Zusammenhänge des Haftpflichtrechtes, durch eine minutiöse Vollständigkeit bei Behandlung aller Streitfragen, durch Berücksichtigung gesetzgebungspolitischer Gesichtspunkte und durch eine selbst den Kommentaren kaum gelungene, umfassende Heranziehung der Rechtsprechung auch der kantonalen Gerichte. Besonderes Augenmerk wird wiederum auf die Begründung und Abgrenzung der Haftpflicht gelegt. Die Werkhaftung wird aufgefasst als gewöhnliche Kausalhaft im Gegensatz zu den Gefährdungshaftungen. Die Kennzeichnung als Sachhalterhaftung im Sinne der romanischen Rechte wird abgelehnt. Es zeigt sich hier, dass das OR eine durchaus schweizerische Lösung eines gesetzgeberischen Problems gebracht hat. Auch das Problematische des Werkbegriffes kommt gut zum Ausdruck; bei der zunehmenden Mechanisierung der Landwirtschaft und dem Fehlen der obligatorischen Unfallversicherung auf diesem Gebiete macht sich die Beschränkung der Werke auf mit der Erde verbundene Anlagen besonders fühlbar. Das Schlusskapitel ist der Haftpflicht des Strasseneigentümers gewidmet und daher in Anbetracht der modernen Verkehrs- und der noch moderneren Verdunkelungsgefahr von besonderer Bedeutung. Wie mir scheint, hat der Verfasser den richtigen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Geschädigten und den Interessen des Gemeinwesens, das durch Strassenbau und -unterhalt schon sehr stark belastet ist, gefunden. (Die kantonalen Baudirektoren haben schon wiederholt eine Milderung der Werkeigentümerhaftpflicht des Strasseneigentümers gewünscht.) Als fraglich erscheint mir dagegen, ob es richtig ist, wenn der Verfasser (S. 449) ausführt, dass derjenige öffentliche Strasseneigentümer unzweifelhaft unter Art. 58 OR falle, der die Verfügung über Bau und Unterhalt der öffentlichen Strasse habe. Grundsätzlich sind m. E. die öffentlichen Strassen nicht der privatrechtlichen Bestimmung des

Art. 58 OR unterstellt, und wenn die Praxis zum gegenteiligen Schluss gelangt ist, so nur aus praktischen Erwägungen, nämlich wegen der Rückständigkeit des öffentlichen Haftpflichtrechtes.

Dr. H. Huber, Bundesrichter.

Wilburg, Walter (Prof., Graz): **Die Elemente des Schadensrechts.** Marburg a. d. L. 1941 (N. G. Elwertsche Verlagsbuchh., G. Braun). 291 S. Rm. 8.—.

Diese gründliche Arbeit untersucht mit weitgehender Heranziehung der ausländischen Literatur die Grundlagen der Schadenersatzpflicht sowohl „wegen Verletzung fremden Gutes" als auch „in Gemeinschaftsverhältnissen", und stellt zum Schluss (S. 283 ff.) die dabei gewonnenen Grundsätze in scharfer Formulierung zusammen. Dem schweizerischen Rechte wird stets eingehende Beachtung geschenkt.

Haupt, Peter: Die Entwicklung der Lehre vom Irrtum beim Rechtsgeschäft seit der Rezeption. Weimar 1941 (Verlag Hermann Böhlaus Nachf.). 69 S. Mk. 3.20.

Diese kritische Arbeit behandelt die Irrtumslehre im älteren Gemeinen Recht, dann im Naturrecht, im jüngeren Gemeinen Recht (seit Savigny) und im geltenden deutschen BGB, wobei auch auf den starken Einfluss des schweizer. OR (S. 64 f.) hingewiesen wird.

Frey, Dr. Hugo A. (Rechtsanwalt, Zürich): **Das Clearing- und Devisenrecht der Schweiz.** Basel 1941 (Verlag f. Recht u. Gesellsch. AG.), in Loseblattform (Teil des Sammelwerks: Das Devisenrecht Europas). 226 S., Fr. 20.— (für total 314 S.).

Das Werk ist für den Praktiker bestimmt und verzichtet daher auf Erörterungen theoretischer und kritischer Natur. Sein Verfasser, der mehrere Jahre am zentralen Rechtsbureau der schweiz. Verrechnungsstelle tätig war und dort reiche Erfahrungen zu sammeln vermochte, bietet damit einen brauchbaren Einblick in diese Vielen noch neue Materie.

Binder, Dr. Hans (Privatdozent, Basel): **Die uneheliche Mutterschaft.** Ihre psychologischen, psychiatrischen, sozialen und rechtlichen Probleme. Mit Vorwort von Prof. John E. Staehelin (Basel). Bern 1941 (Verlag Hans Huber). 378 S. Fr. 18.—.

Es handelt sich nicht um juristische Untersuchungen, sondern vorwiegend um psychologische und soziologische, die der Verf., Privatdozent der Psychiatrie sowie leitender Arzt der psychiatrischen Poliklinik und der Eheberatungsstelle, vorlegt, und zwar auf Grund eines reichhaltigen tatbeständlichen Materials (von 350 nicht psychotischen und 102 psychotischen unehelichen Mutterschaftsfällen). Dadurch gewinnt diese Arbeit

vor allem für den Praktiker in unsern Schweizerstädten Bedeutung, da sie auf dem festen Boden der heimischen Tatsachen aufgebaut ist. Den Juristen berühren namentlich die Ausführungen über die straflose Unterbrechung unehelicher Schwangerschaften (S. 314 ff.). Das schweizer. StGB. 120 lässt bekanntlich die Unterbechung auf Grund sozialer und eugenischer Indikation zu; diejenige aus krimineller Indikation (bei Schändung, Notzucht, Blutschande, Unzucht mit einem Kinde unter 16 Jahren) aber, die im Vorentwurf von 1916 aufgestellt war, wurde aus Furcht vor den Beweisschwierigkeiten wieder gestrichen, was zu dieser unbefriedigenden Lösung führte. Der Verf. bejaht die Frage, dass eine straflose Unterbrechung auch aus psychischmedizinischen Gründen erfolgen dürfe, wenn die Psychose eine schwere Gesundheitsgefährdung für die Mutter darstelle (S. 323 f.).

H.

Graven, Jean, Docteur en droit (Greffier du Tribunal Fédéral suisse des Assurances): **Les Invalidités d'après la Jurisprudence du Tribunal Fédéral suisse des Assurances.** Berne 1941 (Editions Huber).

Wie der Verfasser in der Einleitung zu seinem Buche richtig hervorhebt, sind wir bisher in der Schweiz für die Festsetzung der Invaliditätsgrade in der Sozialversicherung weitgehend auf die ausländische Literatur angewiesen gewesen, indem kein speziell schweizerisches Werk bestanden hat. Diese Lücke füllt nun das vorliegende Buch aus, und jeder, der mit Invaliditätsfestsetzungen in der Sozialversicherung zu tun hat, wird gerne auf dasselbe greifen und sich darin Rat holen.

Der Verfasser beschäftigt sich in seinem Werke ausschliesslich, wie es der Titel angibt, mit der Frage der Festsetzung der Invaliditätsgrade in der Sozialversicherung, d. h. in der obligatorischen Unfall- und der Militärversicherung. Das Buch gliedert sich in drei Teile.

In einem ersten textlichen Abschnitt wird der Begriff der Invalidität, die Festsetzung der Rente bzw. der Pension, der entgehende Verdienst, der der Rente zugrunde zu legen ist, die sogenannten unfalls- oder krankheitsfremden Elemente, welche wohl die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen, aber nicht durch den versicherten Unfall bzw. Krankheit hervorgerufen worden und darum nicht entschädigungsberechtigt sind, und endlich die Revision und der Rückkauf der einmal festgesetzten Rente eingehend behandelt. Alle nur irgendwie mit der durch das versicherte Ereignis herbeigeführten dauernden Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zusammenhängenden Fragen werden für die obligatorische Unfallversicherung auf Grund des Bundes-

gesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung und für die Militärversicherung nach dem Bundesgesetz über die Militärversicherung und ausserdem gemäss den Entscheidungen des für Streitigkeiten aus beiden Versicherungen zuständigen Eidgenössischen Versicherungsgerichtes besprochen und die Rechte und Pflichten sowohl des Versicherungsträgers als auch des Versicherten genau abgegrenzt. Der Verfasser ist Jurist, und er geht bei der Würdigung der einzelnen Begriffe daher in erster Linie von rechtlichen Gesichtspunkten aus. Eingehend und präzis wird speziell umschrieben, was unter Invalidität im Sinne der Sozialversicherung zu verstehen ist — dieses Kapitel gehört zu den wertvollsten des Buches —, und auch in den übrigen Abschnitten wird auf alle Zweifelsfragen eine bestimmte Antwort gegeben. Wenn man daher auch im einzelnen Falle geteilter Ansicht sein kann, ob die gefundene Lösung die richtige ist — so z. B. bei der Begriffsbestimmung der sog. Unfallneurose —, wirkt es doch ausserordentlich wohltuend, eine in jeder Beziehung objektive Auseinandersetzung mit dem Gesetzestext und den höchstrichterlichen Entscheidungen anzutreffen, die von Gefühlsmomenten unbeeinflusst ist und für jeden, der sich mit der Materie zu befassen hat, einen wertvollen Wegweiser bildet.

Der zweite Abschnitt enthält eine ausführliche Tabelle der Invaliditätsgrade für die verschiedenartigsten Verletzungen, übersichtlich nach Körperteilen gegliedert. Und zwar sind es keine theoretischen Schätzungen, sondern alles Fälle aus der Praxis. Das Verzeichnis ist so reichhaltig, dass sozusagen für jede einigermassen regelmässig vorkommende Verletzung, die eine dauernde Invalidität zur Folge haben kann, sich eine schon einmal erfolgte Taxation findet. Daher mag diese Tabelle auch geeignet sein, die ausländischen in mancher Hinsicht von andern Voraussetzungen ausgehenden Invaliditätsschätzungen zu ersetzen.

Im dritten und Schlussteil endlich befindet sich ein Schlagwörterregister und ein Verzeichnis der im Buche zitierten Gesetzesbestimmungen. Dieses Register ist von einer seltenen Vollständigkeit und erleichtert die Handhabung des Buches, besonders wenn es als Nachschlagewerk benützt wird.

Wir können uns über das Werk nur freuen und ihm eine grosse Verbreitung wünschen. Wenn es auch in erster Linie für die Sozialversicherung geschrieben ist, so enthält es doch wertvolle allgemeine Auseinandersetzungen, die ebenso für die Festsetzung von Haftpflichtentschädigungen und nicht zuletzt für die Privatversicherung anwendbar sind.

Dr. Felix Vischer, Basel.

Hess, Dr. Fritz (Dir. des Kreises III, Zürich): **Die neuere Eisenbahngesetzgebung des Bundes.** Textausgabe mit Anmerkungen, Literaturangaben und Sachregister, im Auftrag der Generaldirektion der SBB herausgegeben. Bd. I. Solothurn 1941 (Buchdr. Vogt-Schild AG.), 929 S.

Die vorgesehenen zwei Bände, von denen der erste einstweilen vorliegt, bilden eine Ergänzung des 1918 abgeschlossenen gleichnamigen Werkes von Dr. Julius Oetiker, da eine völlige Neuherausgabe aller Erlasse nicht tunlich erschien. Auch in dieser Form wird das Werk nützlich sein, wenn auch nicht der Text aller Erlasse (sondern z. T. bloss deren Titel) aufgenommen werden konnte. Das Buch ist für den Praktiker bestimmt. H.

Nef, Dr. Hans (Privatdozent, Zürich): **Gleichheit und Gerechtigkeit.** Zürich 1941 (Polygraphischer Verlag AG.), 128 S.

Un livré préparé par de fortes lectures, fondé sur une pénétrante méditation, où les questions sont nettement posées et les réponses données avec une parfaite franchise, où les raisonnements s'enchaînent avec méthode et rigueur; un livre se mouvant avec aisance dans les hautes sphères de la pensée, parlant avec élégance une langue simple et limpide; bref, un livre de philosophie du Droit à ce point séducteur, qu'on en achève d'un trait la lecture, et qu'on le quitte à regret, l'esprit intrigué par le problème si clairement formulé, mais quelque peu déçu par la solution, si solidement construite, qui nous est proposée.

M. Nef incite à croiser le fer.

Quel est le problème? Atteindre l'essentiel, la nature même (Wesen) de la Justice, en approfondissant le concept d'égalité, car il s'impose de prime abord que ces deux notions sont proches parentes. Or, on ne peut dire de deux choses qu'elles sont égales (ou pareilles: ähnlich), que si en même temps elles sont inégales. Si leur égalité était totale, il serait impossible de les distinguer et par conséquent de les comparer. Ainsi l'égalité ne peut jamais être que relative. Par exemple: les femmes et les hommes sont égaux, à certains égards, par ce qui fait leur genre prochain d'êtres humains; ils sont inégaux par certaines différences spécifiques, comme la force, le sexe, le tempérament physique et intellectuel. A une affirmation d'égalité de certains êtres, on peut toujours opposer une affirmation d'inégalité: tout dépend du point de vue d'où on les considère, du „tertium comparationis".

Comment, d'autre part, définirons-nous le concept de Justice? En partant de l'usage que le langage fait de ce mot, et en raisonnant des exemples bien choisis, M. Nef constate de la sorte qu'on appelle injuste un traitement inégal appliqué

aux hommes. Il trouve, avec Aristote, qu'il y a deux égalités, et deux justices: la justice commutative et la justice distributive, car est égal es juste aussi bien le traitement qui fait le même sort à ce qui est semblable que celui qui, à ce qui est dissemblable, fait un sort différent proportionné à cette dissemblance.

Seulement nous venons de voir que toutes choses, les hommes aussi, sont à la fois semblables et dissemblables, selon le point de vue duquel nous les considérons. Nous ne saurons donc laquelle des deux justices leur appliquer qu'après avoir choisi ce point de vue, d'où il appert que ce tertium comparationis, précédant nécessairement et déterminant le traitement égal et juste, ne peut pas nous être donné par la justice elle-même. Exemples: est-il juste que les hommes de races différentes aient les mêmes droits? On ne peut le dire qu'après avoir décidé si l'on prend comme tertium comparationis leur commun visage humain ou leurs différences raciales. Autre exemple: la justice peut-elle me dire si tous les cantons, petits et grands, doivent avoir le même nombre de députés au parlement fédéral? Non, tant que je n'ai pas arrêté sous quel angle je veux les comparer. Si je m'attache à leur égalité juridique comme états, ils auront autant de conseillers les uns que les autres: c'est l'égalité commutative appliquée à des êtres semblables. Si je prends leur population en considération, leurs représentants seront en nombre proportionnel à celui de leurs habitants; ainsi le veut l'égalité distributive quand les êtres sont dissemblables. Les deux solutions sont aussi justes l'une que l'autre, une fois le critère choisi, mais la justice ne me dit pas quel critère je dois choisir.

Pourtant il faut choisir. Comment ferons-nous donc? M. Nef nous dit tantôt que ce choix sera subjectif, dépendant des besoins, des buts, des opinions de celui qui est appelé à le faire (p. 106), tantôt, quand il s'agit d'élaborer le Droit, qu'il résultera d'autres principes que la justice, comme l'opportunité, la convenance, la nécessité (p. 118 et suivantes). Ces principes décideront „à côté", ou même avant la Justice. Ils n'ont pas la moindre chose à faire avec la Justice, va jusqu'à écrire notre auteur (p. 117), de sorte que celle-ci n'est pas le principe supérieur permettant de ramener à l'unité tout l'ordre juridique, car la justice aussi comme l'égalité n'est que relative (p. 128).

Telle est la conclusion de M. Nef; lui-même paraît la regretter, mais ne voit pas comment on échappera à la rigueur de ses déductions. Ce sera, je pense, en réformant sa définition du concept de Justice qui, décidément, est trop étroit. Toute justice ne se résume pas dans le traitement égal selon le principe commutatif ou distributif. Le langage commun, d'où M. Nef

a raison de partir, nous le montre, et Saint Thomas d'Aquin nous enseigne que les lois sont justes en raison de leurs fins, c'est-à-dire lorsqu'elles sont ordonnées en vue du bien commun. L'usage quotidien et populaire du mot ratifie certainement cette acception. Ainsi nous dirons que Darius, roi des Mèdes et des Perses, fit une loi injuste quand il prescrivit que quiconque dans l'espace de trente jours adresserait des prières à quelque dieu, ou à quelque homme, excepté le roi, serait jeté dans la fosse aux lions (Daniel, chap. 6). Pourtant cette loi traitait tous les sujets avec une si rigoureuse égalité que Daniel, quoique très aimé du roi, fut jeté dans la fosse aux lions. Ce n'est point en raison d'une inégalité que cette loi était injuste, mais parce qu'elle n'était pas ordonnée au bien commun. Le lieu où pèche le raisonnement de M. Nef est dans ce point de départ: „Gerechtigkeit ist ihrem Begriffe nach Gleichbehandlung" (p. 118, et aussi p. 87). Non, la Justice est autre chose encore, elle préside aussi, peut-être même surtout, au choix des fins de nos actions: certes, l'égalité (sous ses deux formes) est un élément nécessaire, elle n'est pas le seul élément suffisant de la Justice.

On dira qu'en soumettant au principe de Justice la détermination des fins du Droit positif, on quitte le „phénomène", on sort de la logique pour entrer dans la métaphysique. L'objection serait exacte, mais ne doit pas arrêter, car, qu'on le veuille ou non, la Justice, en toute sa plénitude, est une notion métaphysique, et la société humaine vit de métaphysique. C'est pourquoi d'une part aucune formule verbale ne peut parfaitement exprimer cette plénitude, d'autre part aucune décision de l'ordre juridique ne peut se passer d'elle. Comme telle, dans l'élaboration du Droit, loin d'être coordonnée seulement ou subordonnée à d'autres principes, fût-ce la raison d'Etat, pour le juriste tout au moins, la Justice les accompagne et domine tous: „Nihil utile nisi honestum."

Le livre si suggestif de M. Nef contient d'ailleurs nombre de choses utiles et instructives. C'est un plaisir et un grand espoir pour l'avenir de saluer ce talent d'écrivain et ces belles qualités de penseur. F. Guisan.

Fleiner, Fritz: Ausgewählte Schriften und Reden. Zürich 1941 (Polygraphischer Verlag AG.). 454 S. Fr. 16.50.

Es wird Manchem willkommen sein, in diesem von Prof. Fleiners Witwe herausgegebenen Bande die kleineren Schriften und die Reden des durch seine Redekunst so bedeutenden Rechtslehrers zusammengefasst vorzufinden. Zu den in einem ersten Teil hier edierten, früher schon einmal publizierten Schriften und Reden, beginnend mit jener ansprechenden Zür-

cher Antrittsrede über die Ehescheidung Napoleons I., folgen in einem zweiten Teil einige Nekrologe (Andreas Heusler, Carl Christoph Burckhardt, A. v. Tuhr u. a.), und endlich in einem letzten Teil bisher noch unpublizierte kleinere Arbeiten, so ein Basler Vortrag von 1898 über den Kardinal Consalvi, der Strassburger Vortrag von 1934 über Wandlungen demokratischer Ideen und zuletzt ein von Fleiner komponiertes Heimatlied, alles weitere Beweise der Vielseitigkeit des Verfassers. H.

Maupas, Jacques: La nouvelle législation française sur la nationalité. Issoudun (France) (Les Editions internationales: Imprimerie Rapide du Centre). 71 pages. 25 francs français.

Au début de l'an dernier s'est créé à Nice l'Institut méditerranéen des hautes études internationales. C'est en celui-ci que M. Jacques Maupas a donné récemment les deux conférences fort suivies qui, avec quelques additions, sont reproduites en une brochure de soixante-dix pages. Nul mieux que l'auteur n'était, de par ses travaux antérieurs et ses fonctions actuelles, qualifié pour donner une étude sûre et complète des nombreuses règles gouvernant à l'heure présente la matière de la nationalité française. La loi fondamentale du 10 août 1927 a été modifiée plusieurs fois. Maint changement est intervenu avant la guerre déjà; mais la plupart sont dûs à la révolution nationale qui a suivi la signature de l'armistice. Les dispositions sur la perte de l'indigénat ont été profondément remaniées et complétées. Les cas de déchéance possible se sont multipliés; les naturalisations sont, désormais, susceptibles d'être revues. Les textes relatifs à l'option des fils d'étrangers nés en France ont été repris de manière à établir une égalité des devoirs entre les Français d'origine et les étrangers devenus Français. Le statut politique de la femme mariée a été adapté aux nécessités actuelles. Les Françaises qui, par mariage, avaient perdu leur nationalité de naissance ont, en certaines conditions nettement définies, la faculté de la recouvrer. En revanche, l'étrangère qui épouse un Français n'acquiert l'indigénat marital qu'après agrément par le gouvernement d'une demande ad hoc. Ainsi la législation d'aujourd'hui pose, en France, le principe de l'indépendance nationale des conjoints. Toutes ces questions sont exhaustivement traitées par le savant jurisconsulte qui se meut, avec aisance et clarté, dans un labyrinthe particulièrement compliqué de lois et de décrets. L'ouvrage se termine par d'utiles considérations sur les règles qui régissent l'accès aux emplois publics et à certaines professions, comme celles d'avocat, de médecin, de dentiste, de pharmacien, de vétérinaire et d'architecte. Les ordres professionnels étant au service de la nation, seuls les

Français à titre originaire ont, en principe, le droit d'en faire partie; mais les exceptions tolérables sont prévues.

L'ouvrage de M. Jacques Maupas est indispensable à quiconque veut connaître le droit français de la nationalité. La documentation est parfaite et unique. L'exposé est ordonné, la langue est simple et rapide. La doctrine, la législation et la jurisprudence, celle du Conseil d'Etat notamment, sont fidèlement rapportées. Puisse ce livre trouver sa place sur la table de travail des juristes de Suisse appelés à aborder les graves questions étudiées par l'auteur! Puisse-t-il être aussi lu par tous ceux qui, chez nous, portent un intérêt sympathique au redressement intérieur de la France malheureuse! M. Jacques Maupas n'a jamais cessé d'être un grand ami de notre pays.

Professeur Charles Knapp, Neuchâtel.

Thormann, Ph., und von Overbeck, A.: Kommentar zum Schweizer. Strafgesetzbuch. (Schulthess & Co.)

Dieser erste Kommentar zum neuen einheitlichen Strafgesetzbuch, in rasch sich folgenden Lieferungen erschienen, ist bereits früher hier in der Zeitschrift eingehend gewürdigt worden (N. F. Bd. 60 S. 190—192). Der Allgemeine Teil war damals abgeschlossen, und auch vom Besonderen Teil lag etwa die Hälfte vor, so dass es möglich war, sich über Anlage und Bedeutung des Werkes ein Bild zu machen. Inzwischen haben die Verfasser nicht nur den Besondern Teil beendigt, sondern auch das 3. Buch über Anwendung und Einführung erläutert, damit also das ganze Gesetz kommentiert, und es ist ihr grosses Verdienst, dass sie noch vor dessen Inkrafttreten diese Arbeit zum Abschluss brachten. Im ganzen Lande werden ihnen die Strafverfolgungsbehörden, Richter, Anwälte und alle andern, die sich mit dem neuen Recht zu befassen haben, dankbar dafür sein, dass sie ihnen einen Führer in die Hand gegeben haben, der ihnen ausgezeichnete und unentbehrliche Dienste zu leisten vermag. Gerade die zweite Hälfte des Besondern Teils mit den wichtigen Titeln über die gemeingefährlichen und Fälschungsdelikte, die Delikte gegen den Staat und die öffentliche Ordnung, die Rechtspflege, Amts- und Berufspflicht ist ja auch im Werke von Professor Hafter noch nicht behandelt, so dass hier der Kommentar Thormann-von Overbeck das einzige umfassende Hilfsmittel für die Auslegung des Gesetzes darstellt, abgesehen von kurzen Bemerkungen in den Textausgaben. Der Kommentar weist in diesen Abschnitten die gleichen Vorzüge auf, die bereits in der früheren Besprechung hervorgehoben worden sind.

O. A. Germann.

Logoz, P.: Commentaire du Code Pénal Suisse, Partie générale (Art. 1—110). (Delachaux & Niestlé S. A.)

Der bekannte Genfer Strafrechtslehrer hat der Wissenschaft und Praxis in seinem Kommentar zum Allgemeinen Teil des Schweizer. Strafgesetzbuches ein Werk geschenkt, das vor allem dem welschen Landesteil ausgezeichnete Dienste leisten wird. Aber auch in den deutschsprachigen Kantonen, in denen der Kommentar der Professoren Thormann und v. Overbeck bereits die entsprechende Vorarbeit für die Anwendung des Schweizer. Strafgesetzbuches leistet, wird man in Zweifelsfragen gerne danach greifen. Schon der etwa um die Hälfte grössere Umfang mag ein Anhaltspunkt dafür sein, dass man hier manches findet, was im andern nicht erörtert ist. In ihren Ergebnissen stimmen die beiden Werke weitgehend überein. Differenzen zeigen sich z. B. bei den Art. 2, 12, 38, 41, 63, 85; meine Stellungnahme hiezu habe ich teilweise in Aufsätzen der Schweizer. Zeitschrift für Strafrecht begründet.

Der Verfasser sucht überall den Sinn des Gesetzes herauszuschälen, und das ist ihm in hohem Masse gelungen.

Als besondern Vorzug des Kommentars von Professor Logoz möchte ich neben der grossen Sachkenntnis — der Verfasser war Referent der Kommission für die Vorlage im Nationalrat — die ungewöhnliche Klarheit in der Darstellung der Probleme hervorheben. Sie zeugt von einem seltenen pädagogischen Talent. Der Kommentar liest sich oft wie ein Lehrbuch. Ein solches fehlt in französischer Sprache ganz. Der Kommentar Logoz füllt zugleich diese Lücke aus.

Noch ein weiterer Vorzug sei hier erwähnt: der Verfasser verwertet neben der schweizerischen wissenschaftlichen Literatur, die er stets in den Vordergrund stellt, auch das ausländische Schrifttum, namentlich das der Nachbarstaaten. Als „aport" bringt er dabei die genaue Kenntnis der französischen Doktrin mit, berücksichtigt aber fortgesetzt ausserdem die deutsche und italienische Literatur. Ferner ist in diesem Kommentar die schweizerische Rechtsprechung herangezogen, insbesondere die des Bundesgerichts und des Militärkassationsgerichts.

So finden alle, die sich mit dem neuen schweizerischen Strafgesetzbuch zu befassen haben, im Kommentar Logoz reiche Belehrung. Es bleibt nur um so dringender der Wunsch, dem Allgemeinen Teil möchte der Besondere über die einzelnen Deliktstypen bald folgen. O. A. Germann.

Martin, Dr. Frédéric †: La Cour d'Assises et le Code Pénal Suisse. Genève 1942 (Soc. Gén. d'Imprimerie). 62 p. Fr. 3.—.

Ce petit ouvrage est, hélas, une œuvre posthume que son auteur n'aura pas eu la satisfaction de voir sortir de presse.

On y retrouvera la science minutieuse et consciencieuse qui, tout au long de sa carrière, a fait honneur à Frédéric Martin.

L'auteur, qui a fait partie de la commission cantonale d'experts chargée d'adapter au code pénal suisse la procédure pénale genevoise, a eu pour premier but d'exposer comment le législateur genevois avait concilié — ou tenté de concilier — les exigences souvent difficilement conciliables du code pénal suisse et d'une organisation pénale fondée sur le système du jury. M. Frédéric Martin commente plus spécialement le titre III (la Cour d'Assises) du nouveau code genevois de procédure pénale. Il relève les difficultés que la pratique ne manquera pas de présenter, pose des problèmes, propose des solutions.

Avant d'aborder le sujet principal de son étude, l'auteur fait un intéressant exposé historique sur l'introduction à Genève du jury criminel, en 1844, l'évolution de cette institution, de ses compétences et de celles de la Cour, au gré des modifications législatives survenues depuis un siècle.

Cette étude présente de l'intérêt non seulement pour les praticiens genevois, mais pour ceux des autres cantons restés fidèles au système du jury malgré l'entrée en vigueur du code pénal suisse. M.

Boven, Pierre (proc. gén.): **Code de procédure pénale** du Canton de Vaud, édition annotée. Lausanne 1941 (Libr. Payot). 141 p. Fr. 5.—.

Cette édition annotée contient non seulement le texte légal, mais des notes facilitant l'interprétation des articles, grâce à des références aux Procès verbaux de la Commission du Grand Conseil et au Bulletin du Grand Conseil, enfin une Table analytique alphabétique des matières, ainsi toute la Procédure en matière de sentences municipales.

v. Künssberg, Frh. Eberhard †, (Prof., Heidelberg): **Schwurgebärde und Schwurfingerdeutung.** Freiburg i. Br. 1941 (Herder & Co.).

v. Künssberg hat diese Studie zum ersten Male 1920 in unserer Zeitschrift (Bd. 39, S. 384 ff.) veröffentlicht, was zu bemerken vergessen wurde. Sie erlebt nun eine Neuauflage in K. S. Baders „Rechtswahrzeichen". Für uns behält sie ihre Bedeutung wegen ihres Ausgangs von schweizerischen, namentlich appenzellischen Rechtsquellen.

Festgabe für Eugen Fehrle zum 60. Geburtstag: Brauch und Sinnbild. Herausg. von Ferdinand Herrmann und Wolfgang Treutlein. Karlsruhe 1940. 291 Seiten und 133 Abbildungen.

Diese reiche Festgabe wird eingeleitet mit Darlegungen über die wissenschaftliche Tätigkeit des Jubilars. Es ist ein grosses Verdienst Fehrles, an der Universität Heidelberg eine „volkskundliche Lehrschau" geschaffen zu haben. Wertvoller Stoff ist dort zusammengetragen und steht dem Lernenden jederzeit zur Verfügung. Die Sammlung ist auch geeignet, dem Rechtshistoriker gute Aufschlüsse zu geben. Nehmen wir z. B. das Rad, das Feuerrad. Es ist ein Abbild der Sonne, ein Sinnbild der grossen Lebensspenderin. Werfen wir dann einen Blick auf die Strafe des Räderns im Mittelalter (die regelmässige Strafe für Mord), so zeigt sich mit aller Deutlichkeit, dass das Rädern einstens ein Opfer an den Sonnengott war. Der überführte Missetäter wurde dem Sonnengott geopfert. Und die Räderung fristete noch Jahrhunderte lang ihr fürchterliches Dasein, nachdem ihr Opfer-Ursprung längst in Vergessenheit geraten war.

Es lässt sich aus den verschiedenen, bunt aneinandergereihten Aufsätzen erkennen, wieviel Fehrle für die Erforschung der Sinnbilder und Wahrzeichen getan hat. Man darf dabei nicht vergessen (was z. B. in der ersten Studie von Friedrich Pfister deutlich ausgesprochen ist), dass wir es in der germanischen Epoche und auch später nicht mit „Sinnbildern" in unserm Verstande zu tun haben, sondern mit Wirklichkeiten des Lebens, nicht mit irgendwelchen Abstraktionen schaler Art.

Das Herdfeuer des Hauses war nicht ein „Sinnbild der Ewigkeit der Sippe". Es war das Leben selbst, und wenn es erlosch, erlosch auch der Lebensspender für die Sippe. Dieses Urgefühl für blutvolle Wirklichkeit, für eine reale Macht mit ihren verdammenden oder fruchtbringenden Ausstrahlungen, muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen. So kann man den weittragenden Satz Ferdinand Herrmanns mit vollem Recht unterstreichen:

„Ein Symbol ist der kultischen Gemeinschaft stets die Sache selbst." (In dem trefflichen Aufsatz: Brauch und Sinnbild im Bereich volkskundlich-ethnologischer Fragestellung, S. 50 ff.) Es ist daher weit gefehlt, wenn v. Künssberg seinen eben erschienenen Aufsatz über Schwurgebärde und Schwurfingerdeutung (Viertes Heft: Das Rechtswahrzeichen. Freiburg i. Br. 1941) mit der Bemerkung schliesst: „Das Symbol der drei Schwurfinger sei, wie die Rechtssymbolik überhaupt, vom Priesterstand erdacht." (Er nimmt Bezug auf die Ansicht Heuslers in dessen Institutionen I, 69.) „Nein, die Symbolik des germanischen Rechts und der germanischen Religion ist nicht erfunden und erdacht. Und gar vom Priesterstand erdacht! Sie wurzeln in den tiefsten Tiefen des Volkes. Es sind elementare

Gewalten, die sich in diesem oder jenem Gegenstand und in dieser oder jener Handlung niederschlagen. Umkleideten später Priester da und dort das symbolische Gewebe mit religiösen Feierlichkeiten (z. B. die Gottesurteile), so hat dieses äusserliche Gewand mit dem eigentlichen Kern der Symbolik nichts zu tun. An diese Wahrheit muss sich der Volkskundler, wie der Rechts- und Religionshistoriker immer wieder erinnern."

Wenn Otto Höfler in seinen breitgebauten Darlegungen über Cangrande von Verona und das Hundsymbol der Langobarden sagt: „Was willkürlich erdacht ist, bleibt nicht so feste Lebensgestalt über Generationen hin" (S. 104), so ist dies lebhaft zu bejahen.

Diese Grundauffassung geht durch die meisten in der Festschrift dargebotenen Aufsätze hindurch. Erst das rationalistische Denken hat die Symbolik umgedeutet, hat den Tänzer als Sinnbild eines Dämons aufgefasst, während er einstens Dämon und Gott selbst war. So steht es auch mit dem Uroboros, der Schlange, die sich in den Schwanz beisst oder ihren Kopf mit dem Schwanze berührt. Sie ist ursprünglich ein Tier, das die Kraft hatte, jeden schädlichen Einfluss von einer Kiste, von einer Wasserschale usw. abzuhalten. Sie hatte wirklich abwehrende Kräfte und wurde erst später symbolisch umgedeutet, z. B. zum Symbol der Ewigkeit (Aufsatz von Karl Preisendanz: Aus der Geschichte des Uroboros, S. 194 f.).

Und wenn das Schiessen bei Hochzeiten im Städtchen Amorbach zunächst bei den vornehmen Familien beobachtet werden kann (16. Jahrh.), so ist dies damals wohl als eine ehrenvolle, feierliche Handlung angesehen worden. Wer weiss, vielleicht lebte aber doch die uralte Vorstellung noch weiter im Unterbewusstsein, dass aller Lärm die bösen Geister vertreibe und dass das Schiessen alle Dämonen vom jungen Paare abhalten sollte (Max Walter, Amorbacher Brauchtum im 15. Jahrhundert, S. 247 ff.). Auch der Durchzug durch ein Tor war anfänglich nicht etwas Symbolisches. Eingang und Ausgang deuteten nicht auf Anfang und Ende, auf Geburt und Tod (so Otto Huth, Das Torsinnbild und die Durchzugsbräuche im germanischen Altertum S. 153). Der Durchgang hatte vielmehr eine ganz reale Bedeutung: er besass heilende, vor allem reinigende Wirkung.

Auch der Bildteil ist wohlgelungen und erhöht die Anschaulichkeit des Ganzen wesentlich. Für das sorgfältig ausgearbeitete Sachregister, zu Deutsch „Wortweiser", ist der Nachschlagende Aenne Bossong aus Heidelberg sehr dankbar.

Prof. Hans Fehr, Bern.

Die Amerbachkorrespondenz. Im Auftrage der Kommission für die öffentliche Bibliothek der Universität Basel bearbeitet und herausgeg. von **Dr. phil. Alfred Hartmann.** I. Band: Die Briefe aus der Zeit Johann Amerbachs 1481—1513. Basel 1942 (Verlag der Universitätsbibliothek). 485 S. Fr. 35.—.

Nach jahrelangen Vorarbeiten erschien kürzlich der erste Band eines grossangelegten Unternehmens, dessen Fortsetzung auch für die Juristen und Rechtshistoriker wertvolle neue Erkenntnisse erwarten lässt. Die Korrespondenz der Humanistenfamilie Amerbach, die sich durch drei Generationen hindurchzieht, beginnend mit dem Buchdrucker Johannes, der gegen 1475 aus seiner fränkischen Heimat nach Basel kam und hier 1513 starb, dann die Korrespondenz seines bedeutenden Sohnes, des Humanisten und Juristen Prof. Bonifacius Amerbach (1495—1562), und schliesslich diejenige von dessen Sohn, dem Juristen, Historiker und Kunstsammler Prof. Basilius Amerbach (1535—1591), mit welchem die illustre Familie ausstarb. Der vorliegende I. Band, dem im Laufe dieses Jahres der II. des auf etwa fünf Bände geplanten Werkes folgen soll, beschlägt einstweilen erst die Zeit des humanistisch gebildeten Druckerherrn Johannes; zu seinen Korrespondenten gehören Männer wie Ulrich Zasius, Joh. Reuchlin, Seb. Brant, Jak. Wimpfeling, Albr. Dürer u. a. Von Bonifacius, der die Juristen besonders interessieren wird, enthält der vorliegende erste Band bloss Jugendbriefe. Ergötzlich ist u. a. der Briefwechsel der älteren Söhne Bruno und Basilius (I.), die in ihrer Pariser Studienzeit dem besorgten Vater so manchen Kummer bereiteten. Auch die Druckergeschäfte des letztern, sein Testament u. a. m. enthalten manches Interessante. Das verdienstliche Unternehmen sei auch den Freunden der Rechtskultur empfohlen. Die genaue und scharfsinnige Editionstechnik, welche der Lateinlehrer am Basler Humanistischen Gymnasium Dr. A. Hartmann diesen Korrespondenzen zuteil werden liess, ist mustergültig und bereitet dem Leser Genuss. Die Herausgabe dieser Humanistenbriefe füllt eine längst als schmerzlich empfundene Lücke aus, wofür auch der Universitätsbibliothek, die das kühne Unternehmen gewagt hat, Anerkennung gebührt. His.

Naendrup, Hubert (Prof., Münster i. W.): **Rudolf His.** Ein Forscherleben im Dienste der deutschen Rechtsgeschichte. Münster i. W. 1941 (Franz Coppenrath). 57 S. Mk. 1.90.

Der am 22. Januar 1938 in Münster in Westfalen verstorbene, aus Basel gebürtige Professor der Rechte Rudolf His (geb. 1870) erfährt in dieser Schrift seines Münsterer Kollegen Naendrup eine überaus verständnisvolle Charakteristik. Rudolf

His, der 1892 seine juristischen Studien in Basel bei A. Heusler abgeschlossen, dann ein Jahr bei der Schweizer Gesandtschaft in Paris und daneben als Schweizer Offizier gedient hatte, wurde Akademiker und Professor an den Universitäten Heidelberg, Königsberg und Münster i. W. Sein Spezialgebiet, in welchem der fleissige und selbstlose Gelehrte zur anerkannten Autorität wurde, war die Strafrechtsgeschichte. In seinem zweibändigen Hauptwerk „Das Strafrecht des deutschen Mittelalters" (1920, 1935) hat er in weitem Masse auch schweizerische Rechtsquellen verwendet, wie er überhaupt mit seiner Heimat zeitlebens enge verbunden blieb und auch in unserer Zeitschrift gelegentlich als Rezensent zum Worte kam. Seine persönliche Eigenart und seine wissenschaftliche Bedeutung wird von seinem Biographen in zutreffender und sympathischer Weise dargestellt.

H.

Hundert Jahre Allgemeine Geschichtforschende Gesellschaft der Schweiz 1841—1941. (K. J. Wyss Erben AG., Bern.) 95 S. Fr. 4.—.

Die ältere gesamtschweizerische Schwestergesellschaft unseres Schweizerischen Juristenvereins, die Allgemeine Geschichtforschende Gesellschaft der Schweiz, hat zur Feier ihres hundertjährigen Bestehens diese Erinnerungsschrift herausgegeben, welche eine gedrängte Gesellschaftsgeschichte (von Ch. Gilliard), kurze Biographien der verdientesten Präsidenten und historische Rückblicke auf ihre Bibliothek und ihre Publikationen enthält; unter den letztern ragen, neben der ständigen Zeitschrift, namentlich die gediegenen „Quellen zur Schweizer Geschichte" (seit 1877) hervor. Auch die Juristen und Rechtshistoriker gedenken im Jubiläumsjahre dankbar der grossen Leistungen dieser Vereinigung der Historiker.

H.

Anzeigen.

Weiss, Dr. G.: Sammlung eidg. u. kant. Entscheidungen zum schweiz. ZGB u. OR. Zeitraum 1922—1937. 11. Lieferung (Art. 370—395 ZGB). Zürich 1942 (Schulthess & Co.).

Müller, Dr. Werner Theobald: Das Differenzgeschäft im Rahmen der Börsentermingeschäfte. Berner Diss. Arlesheim 1941 (Buchdr. W. Bloch). 95 S.

Lienhart, Dr. E. E.: Das neue Bürgschaftsrecht. Gesetzestext mit Einleitung und Sachregister. Zürich 1942 (Rechtshilfe Ges.). 20 S. Fr. 1.—.

Harnisch, Dr. Artur: Die Grundbuchberichtigungsklage nach dem schweizer. ZGB. Berner Diss. Heft 186 der Abh. z. schweiz. Recht, n. F. Bern 1941 (Stämpfli & Cie.). 116 S. Fr. 4.—.

Gut, Dr. Gottlieb: Die Wirkungen der Solidarbürgschaft im Verhältnis des Gläubigers zum Bürgen nach neuem Recht. Berner Diss. Heft 187 der Abh. z. schweiz. Recht, n. F. Bern 1941 (Stämpfli & Cie.). 181 S. Fr. 6.—.

Wegmann, Dr. Karl: Das Gemeinwesen als Nachbar. Berner Diss. Heft 188 der Abh. z. schweiz. Recht, n. F. Bern 1941 (Stämpfli & Cie.). 108 S. Fr. 4.—.

Maday, Dr. Denis: Die sog. Gesetzesumgehung, insbes. im schweiz. OR. Berner Diss. (dem Grossvater Prof. F. H. Mentha gewidmet). Heft 189 der Abh. z. schweiz. Recht, n. F. Bern 1941 (Stämpfli & Cie.). 332 S.

Schoop, Dr. Arthur: Die Mangelhaftigkeit des Werkes als Voraussetzung der Haftung des Werkeigentümers nach schweiz. Recht. Berner Diss. Heft 190 der Abh. z. schweiz. Recht, n. F. Bern 1941 (Stämpfli & Cie.). 80 S. Fr. 3.—.

Papa, Dr. Gildo: Die analoge Anwendung der Konkursnormen auf den Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung. Berner Diss. Heft 191 der Abh. z. schweiz. Recht, n. F. Bern 1941 (Stämpfli & Cie.). 179 S. Fr. 6.—.

Keller, Dr. Fritz (Fürsprecher): Das Eisenbahnpfandrecht. Heft 6 der Schweizer Beiträge zur Verkehrswissenschaft, hg. v. Prof. F. Volmar. Bern 1941 (Stämpfli & Cie.). 144 S. Fr. 6.—.

Meister, Dr. Guido (Zentralsekr.): Praktischer Leitfaden zum Bundesgesetz über das Anstellungsverhältnis der Handelsreisenden vom 13. Juni 1941. Zürich 1941 (Polygr. Verlag AG.). 128 S. Fr. 5.—.

Cudkowicz, Dr. Philipp: Wertpapierverlust. Rechtsverhältnisse und Schutzmassnahmen (Schweiz, europäische und aussereuropäische Staaten). Zürich 1941 (Polygraph. Verlag AG). 355 S. Fr. 16.—.

Dieser Band will ein Handbuch sein für den Praktiker aus Bank- und Juristenkreisen; er gibt eine Uebersicht über die Behandlung des Wertpapierverlusts in allen wichtigen Staaten.

Bieri, Dr. Hildegard: Die Aktiengesellschaft, die Genossenschaft und die G. m. b. H. in ihrer Eignung für Kartelle. Heft 185 der Abh. z. schweiz. Recht, n. F. Bern 1941 (Stämpfli & Cie.). 104 S. Fr. 3.50.

Haupt, Günter: Ueber faktische Vertragsverhältnisse. S.-A. Heft 124 Leipz. rechtswiss. Studien. Leipzig 1941 (Theod. Weicher). 37 S. Mk. 1.50.

de Boor, Hans Otto (Prof., Leipzig): Gerichtsschutz und Rechtssystem. Ein Beitrag zum Kampfe gegen das aktionenrechtliche Denken. Heft 126 Leipz. rechtswiss. Studien. Leipzig 1941 (Theod. Weicher). 68 S. Mk. 3.—.

Festschrift der Leipziger Juristenfakultät für Dr. Heinrich Siber zum 10. April 1940. Bd. I. Inhalt: Wieacker: Hausgenossenschaft und Erbeinsetzung; über die Anfänge des röm. Testaments; Oeschey: Zur Rechtsgesch. des Domstifts St. Petri in Bautzen; Eberh. Schmidt: Inquisitionsprozess und Rezeption; Dahm: Der Tätertyp im Strafrecht; Richter: Betrachtungen zum Abschluss des Versicherungsvertrages; Huber: Die verfassungsrechtliche Stellung des Beamtentums. Leipzig 1941 (Theodor Weicher). Heft 124 der Leipz. rechtswiss. Studien. 325 S. Mk. 15.—.

Cosman, Dr. Rud.: La capacité civile en droit suisse. Genève 1941 (Robert Steffen, impr.). 172 p.

Sommer, Dr. Ed. (Winterthur): Die Erbbescheinigung nach schweizer. Recht. Zürcher Diss. Wädenswil 1941 (Bezug beim Verf., Breitestr. 100, Winterthur). 106 S. Fr. 3.50.

Muret, Philibert: La notion de but dans les sociétés et les fondations et son application en droit suisse. Thèse de Lausanne. Lausanne 1941 (Impr. Held). 175 p.

Du Pasquier, Claude (prof., Neuchâtel): Introduction à la théorie générale et à la philosophie du Droit. 2me édition. Neuchâtel et Paris 1942 (Delachaux et Niestlé S. A.). 402 p. Fr. 6.50.

Baer, Dr. Walter: Der Ausschluss aus der Armee nach schweiz. Recht. Zürcher Diss. Heft 85 n. F. der Zürcher Beitr. z. Rechtswiss. Aarau 1941 (H. R. Sauerländer & Co.). 219 S. Fr. 5.80.

Meisser, Dr. Hans: Demokratie und Liberalismus in ihrem Verhältnis zueinander. Zürcher Diss. Heft 86 n. F. der Zürcher Beitr. z. Rechtswiss. Aarau 1941 (H. R. Sauerländer & Co.). 155 S. Fr. 5.—.

Benz, Dr. Wolfgang B.: Die identische Norm im Auslieferungsrecht. Zürcher Diss. Heft 87 n. F. der Zürcher Beitr. z. Rechtswiss. Aarau 1942 (H. R. Sauerländer & Co.). 170 S. Fr. 5.60.

Poppitz, Dr. Joh. (Dozent, Leipzig): Der Kompetenzkonflikt. Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Ge-

staltung. Heft 125 der Leipz. rechtswiss. Studien. Leipzig 1941 (Th. Weicher). 159 S. Mk. 7.—.

Die neue Eidg. Kriegsgewinnsteuer. Nachtrag zur Textausgabe von Dr. Joseph Kaufmann (Zürich) mit Erläuterungen und Beispielen zu den durch BRB vom 18. Nov. 1941 abgeänderten Bestimmungen. Zürich 1942 (Schulthess & Co.). 32 S. Fr. 1.60.

Jaeger, Dr. Carl (Alt-Bundesrichter): Nachtrag zur Ver. d. BR. über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- und Stickereiindustrie v. 22. Okt. 1940. Zürich 1942 (Orell Füssli Verlag). 14 S. 90 Rp.

Strasser, Dr. med. Charlot: Abriss der Psychiatrie, unter bes. Berücksichtigung der Zusammenarbeit zwischen Psychiater und Wohlfahrtsbeamten. Zürich/New York (Verlag Oprecht). 44 S. Fr. 1.80.

Ackermann, Charles: Dol et faute grave ou lourde dans les transports par chemins de fer. Genève 1942 (Impr. Journal de Genève). 62 p.

von Dach, Dr. Rud. (Bern): Die Unfruchtbarmachung von Menschen als Rechtsproblem, unter bes. Berücksichtigung des schweiz. Rechts. Sep.abdr. aus: Archiv der Julius Klaus-Stiftung für Vererbungsforschung, Sozialanthropologie und Rassenhygiene. 16. (1941). Zürich 1941 (Art. Institut Orell Füssli AG.). S. 269—313.

Dukor, Dr. Benno (Privatdozent d. Psychiatrie, Basel): Die Lösung der Ehe wegen psychischer Störungen nach Schweizer Recht. Für Aerzte und Juristen. Zürich 1941 (Polygr. Verlag AG.). 318 S. Fr. 16.—.

Lüthy, Dr. Werner (Privatdozent, Bern): Der strafrechtliche Staatsschutz der Schweiz. Bern (ohne Datum) Verlag Hans Huber). 32 S. Fr. 1.50.

Bern: Gesetz über das Strafverfahren des Kantons Bern vom 20. Mai 1928 (mit Nachträgen bis 1940), mit Verweisungen und Sachregister, bearb. von Dr. Max Waiblinger, Staatsanwalt. Langenthal 1941 (Merkur AG.). 140 S. Fr. 6.50.

Ammon, Alfred (Prof., Bern): Probleme der Kriegswirtschaft. Grundsätzliche Betrachtungen zur Wirtschaftspolitik im Kriege. Zürich 1942 (Polygraph. Verlag AG.). 80 S. Fr. 4.50.

Rappard, William E. (Prof., Genf): Pennsylvania and Switzerland: the American origins of the Swiss Constitution. In: University of Pennsylvania bicentennial Conference, p. 49—121.

Rappard, William E. (Prof., Genf): Les fondements constitutionnels de la politique économique suisse. (Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau, redressement national). Zürich 1942 (Editions polygraph.). Fr. 1.50.

Seiler, Eduard: Die Wirtschaftsartikel im Rückzug? SA. aus Schweizer Monatshefte, Heft 12, März 1942 (Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau). 14 S.

Ruoff, W. H.: Die Zürcher Räte als Strafgericht und ihr Verfahren bei Freveln im 15. und 16. Jahrh. Zürcher Diss. Zürich 1941 (Buchdr. Berichthaus). 179 S.

Lange, Heinr. (Prof., München): Ware und Geld. In: Boden, Ware und Geld III. Grundrisse des Deutschen Rechts, hg. v. H. Stoll † und H. Lange. Tübingen 1942 (J. C. B. Mohr [Paul Siebeck]). 207 S. Rm. 5.80.

Stoll, Heinr. †; Felgentraeger, Wilh. (Prof. Breslau): Vertrag und Unrecht. In: Grundrisse des Deutschen Rechts, hg. v. H. Stoll und H. Lange. Tübingen 1942 (J. C. B. Mohr [Paul Siebeck]). 257 S. Rm. 7.20.

Saggi di scienze assicurative, pubblicati dalla R. Università di Pisa (prof. L. Tonelli e Lorenzo Mossa), IV. volume. Pisa 1942 (Nistri-Lischi edit.).

Orecchià, Rinaldo (Roma): Bibliografia di Giorgio Del Vecchio, con cenni biografici. Bologna 1941 (Licinio Cappelli edit.).

Pink, Gerhard P.: The Conference of ambassadors (Paris 1920—1931). Geneva Research Centre. Geneva Studies vol. XII Nos. 4—5. Febr. 1942. 293 S. Fr. 3.50.

Fribourg. Extraits des principaux arrêts, rendus par les diverses sections du Tribunal cantonal de l'état de Fribourg en 1940. Fribourg 1941 (Imprim. Fragnière frères).

J. v. Staudingers Kommentar z. BGB. 10. Aufl. 22. Lief. Bd. II. Dr. K. Geiler: Recht der Schuldverh. §§ 709—740. Berlin 1941 (J. Schweitzer Verlag).